

Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande

Grenzfriedensbrief Nr. 3

Wir haben diesmal zunächst Bericht zu erstatten über unsere für den 16. Juni anberaumte Mitgliederversammlung.

Die Stelle des ersten Vorsitzenden wurde dem bisherigen Beisitzer, Herrn Landesdirektor Nydahl übertragen, und der bisherige erste Vorsitzende, der Unterzeichnete, wurde zum geschäftsführenden Vorsitzenden bestellt. Für den im Laufe des Jahres aus dem Vorstand ausgeschiedenen Herrn Jakob Johannsen - Leck wurde Herr Rektor Petersen - Albersdorf hineingewählt.

So besteht der Vorstand jetzt aus folgenden Mitgliedern:

Nydahl, Kiel, 1. Vorsitzender,
Beier, Flensburg, 2. Vorsitzender,
Hansen, Husum, geschäftsführender Vorsitzender,
Dr. Johannsen, Flensburg, Beisitzer,
Lurgenstein, Husum, Beisitzer,
Petersen, Albersdorf, Beisitzer,
Osterroth, Kiel, Beisitzer.

Die Vertretung im Grenzausschuß behält bis auf weiteres Herr Diekmann, Ministerpräsident a. D., Kiel. Sie wird dann auf Herrn Nydahl übergehen.

Es ist der Wunsch laut geworden, wir möchten in diesem Grenzfriedensbrief den vom geschäftsführenden Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht wiederholen und damit auch einem weiteren Kreise zugänglich machen. Des Raumes wegen müssen wir uns auf einzelne Punkte beschränken.

1. Breitenarbeit

Im ersten Grenzfriedensbrief ist bereits dargelegt worden, daß wir eine Lücke ausfüllen, die die bisherigen Grenzverbände vor und nach 1945 offen gelassen haben, nämlich Fühlung aufzunehmen mit jener Schicht, die man bisher auf ihre Volksstumsbindungen nicht angesprochen hat.

Wir wollen den Erfolg dieser Arbeit nicht an der Zahl der Mitglieder messen, die wir in diesem ersten Jahr für unsere Organisation gewonnen haben. Es besteht nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte unter den Menschen weithin eine gewisse Vereinsangst, so daß es uns nicht verwunderlich ist, daß der einzelne sich zurückhält. Doch haben sich bereits soviel Einzelmitglieder und Organisationen angeschlossen, daß z. Zt. etwa 100 000

Männer und Frauen Schleswig-Holsteins hinter uns stehen. Wir wissen aber, daß die Zahl derjenigen, die unsere Grenzbefriedigungsabsichten teilen, viel größer ist und daß mindestens 90 % der Bevölkerung Schleswig-Holsteins und darüber hinaus der Bundesrepublik so denken wie wir. Auch die anderen Grenzverbände nähern sich unserem Standpunkt mehr und mehr und haben seit der Gründung unseres Bundes ihre Arbeit mit der Landesregierung zusammen in unserer Richtung aktiviert. Es ist nicht unsere Aufgabe, im einzelnen aufzuzeigen, was geschehen ist. Mit Befriedigung dürfen wir aber darauf hinweisen, daß die Landesregierung sich des Schulwesens unserer Heimat in erfreulicher Weise angenommen hat.

Ich gestatte mir hier, auf zwei Dinge hinzuweisen, für die ich an zentraler Stelle Interesse erwecken möchte:

1. Die Schaffung eines schleswigschen Geschichtsbuches für Schule und Haus, das dem Unterricht aller Schulen in Süd- und Nordschleswig zugrunde gelegt werden könnte und darum von einer beauftragten deutsch-dänischen Kommission verfaßt werden müßte.
2. Die Errichtung eines pädagogischen Instituts zur Ausbildung von (Handels- und Gewerbe-) Lehrkräften, die den Unterricht an den Berufs- und Gewerbeschulen zu übernehmen haben. Die Bedeutung dieser Schulen, die von unserer werktätigen Jugend zwischen 15 und 18 besucht werden, ist weithin nicht beachtet worden. Die Landesregierung bemüht sich z. Zt. in anerkennenswerter Weise, die längst fällig gewordenen Schulräume zu schaffen. Um die Ausbildung der Lehrkräfte dieser Schulen aber hat man sich bisher in Schleswig-Holstein über die der Landwirtschaftslehrer hinaus nicht gekümmert. Es ist notwendig, daß man auch in diesem Zweig der Lehrerschaft sich der besonderen Aufgabe dieser Schulen innerhalb der Volkstumsarbeit bewußt wird.

So notwendig diese Dinge sind, so vordringlich finden wir freilich die Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Tieflage, in der sich unser Land befindet. Arbeitslosigkeit und Überbelegung mit Flüchtlingen lassen in Schleswig-Holstein einem normalen Volkstumsempfinden keinen Raum. Und je länger die notwendigen Maßnahmen hier auf sich warten lassen, desto mehr wird der von der betroffenen Bevölkerung anfangs als Krankheitssymptom empfundene Volkstumswechsel als Ausmündung in einen Normalzustand angesehen. Solange Eltern noch aus äußerer Not ihre Kinder zur dänischen Schule abmelden oder darin lassen, solange die Arbeitslöhne, die Unterstützungen und Renten kaum zur Deckung der dringenden Lebensbedürfnisse reichen, ist ein seelisches Gleichgewicht in volklichen Dingen nicht zu erwarten. Wir fordern mit den anderen Grenzverbänden nachdrücklichst den Bau von Schulen, Turnhallen, Sportplätzen, Kindergärten, Schullandheimen, Tagesstätten usw. Dringender aber ist im Augenblick die Behebung der drückendsten Not, die in vielen Häusern die freie Entscheidung für das angestammte Volkstum behindert. Wir brauchen Spender und hilfreiche Hände, um hier in notwendiger Breite wirken zu können.

2. Die europäische Sicht

Als 1920 sich das erfüllte, was 1867 hätte geschehen sollen, nämlich die Scheidung Schlesiens nach deutsch und dänisch durch den Spruch des Volks, da sammelten sich alle Deutschgesinnten unter der Fahne Blau-Weiß-Rot, die 1844 in Schleswig entrollt worden war, und sangen die Lieder und gaben die Parolen, die in der Zeit der Erhebung Schleswig-Holsteins entstanden waren: Schleswig-Holstein meerumschlungen... Wir wollen keine Dänen sein... Blau wie der Himmel... und Up ewig ungedeelt.

In der Abwehr der dänischen Offensive von heute ist keines jener Lieder laut geworden. Wenn hier und dort ein schwacher Versuch gemacht wurde, das Schleswig-Holstein-Lied zu singen, war das fast mehr ein Ausdruck feindseliger, durch die Flüchtlingsfrage hervorgerufener Gefühle gegen die Bundesrepublik als eine Kampfansage an Dänemark. Die jenen Liedern zugrunde liegenden nationalistischen Empfindungen sind verschwunden und kommen nur unter Anstrengungen wieder hoch. Sie sind abgeklungen. Wir spüren, daß aus ihnen Leidenschaften erwachsen, die die Völker Europas uneins gemacht und in blutige Kriege gestürzt haben. Wir wollen die Einheit Europas und wollen überwinden, was uns trennt: Neid, Mißgunst, Überheblichkeit, Begehrlichkeit und Angst. Um die Gestaltung dieses Europas ist bereits viel Blut geflossen. Ihm sind aber noch keine Lieder gesungen worden, und die Interessengemeinschaften von Kapital und Arbeit reichen nicht hinab in den Bereich der seelischen Existenz, wo erst die Herzen der Völker einander näher kommen.

Zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein bestanden schon früher Bindungen solcher Art. Sie sind freilich den nationalistischen Leidenschaften des vorigen Jahrhunderts zum Opfer gefallen, können aber wieder geknotet werden, wenn in beiden der Wille vorhanden ist. Wir spüren, daß trotz der bitteren Erfahrungen des letzten Krieges beide bereit sind, sich in gegenseitiger Achtung zu begegnen und das zu überwinden, was sie immer noch trennt. Wir wollen, daß dieser Wille wachse und die Grenze einschrumpft zu einem Steuer- und Verwaltungsstrich, den man, ohne jemanden sehr zu kränken, hier ziehen kann oder nicht.

Es mag lange dauern, ehe es dahin kommt. Aber man muß das Ziel sehen, wenn man aus der Sackgasse nationalistischer Befangenheit herauskommen will. Wir glauben, daß wir als Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande da eine Aufgabe haben. Auch mit denen von drüben stehen wir über diese Dinge im Gespräch.

3. Um Grenze und Abstimmung

Über Dinge sprechen bedeutet noch nicht, in ihnen einig sein. Die von mir im ersten Grenzfriedensbrief dargelegte Einstellung zu einer evtl. Abstimmung über das Schicksal Südschlesiens wird auf dänischer Seite nur von wenigen geteilt. Auch aus den eigenen Reihen sind Bedenken dagegen erhoben worden. Man sieht noch immer die Volksabstimmung als Partout-schlüssel an zur Lösung aller Grenzfragen zwischen den Völkern. Sie gehört

zu den Spielregeln der demokratischen Welt, und wer Bedenken dagegen erhebt, ist verdächtig. Mein Mißtrauen beruht nicht nur auf den schlechten Erfahrungen, die Deutschland nach dem ersten Weltkrieg mit der Anwendung der Volksabstimmungen machte, sondern auch auf der Einstellung der anderen europäischen Völker nach dem letzten Kriege. Holland hat deutsches Gebiet ohne Volksbefragung und mit Zustimmung seiner Alliierten an sich genommen. An der Saar würgt man die Stimmen derer ab, die da reden wollen, und vom Osten wollen wir an dieser Stelle schweigen. Nur hier oben an der 60 km-Grenze zwischen Krusau und Sieltoft scheint ein letzter Rest demokratischer Verpflichtung geblieben zu sein. Viele Tausend Südschleswiger verlangen Selbstbestimmung. In Dänemark sagt man: „Ja, aber noch nicht“, in Deutschland: „Ja, aber sie ist schon gewesen“.

Auch ich sage Ja zum Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Sie sollen selber entscheiden, welchem Volk sie sich verbunden fühlen. Trotzdem frage ich mich, ob eine Volksabstimmung über eine Grenzverschiebung der Befriedung des Grenzlandes dienlich ist oder nicht. Im Jahre 1952 wurden nur 1544 Stimmen für Dänemark abgegeben, 1947 aber waren es fast 100 000. Keiner wird glauben, daß diese letzte Zahl als Ausdruck der Verbundenheit mit Dänemark zu werten ist. Sie war, wie ein junger dänischer Student aus Südschleswig sagt, eine Absage an Deutschland, die sich freilich bald in eine Hinwendung zu Dänemark wandelte. 35 000 haben inzwischen ihre Meinung schon geändert und die Entscheidung rückgängig gemacht, andere werden folgen. Ich meine, wir können solcher plötzlichen Aufwallungen wegen das Schicksal eines Grenzgebietes nicht in dauernde Unruhe stürzen. Die Abstimmung 1920 war, im ganzen gesehen, eine gesinnungsmäßige nationale Kundgebung und das Ergebnis einer jahrhundertlangen Entwicklung. Der weitaus größte Teil der nach 1945 für Dänemark stimmenden Wähler aber entschied aus Gründen, die morgen anders liegen können. Wenn man darum der formalen Doktrin folgt, schafft man im Grenzland ein Unruhgebiet, in dem das Volksgefüge sich nicht setzen kann.

Wir wollen Frieden zwischen den Völkern und wollen, daß das Grenzgebiet zur Ruhe kommt, deshalb sorgen wir uns darum, daß die Ursachen der Unruhe, die sich der Gemüter bemächtigt hat, beseitigt werden.

Das bedeutet 1. Arbeit und Brot für alle Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen, 2. Umsiedlung des Anteils der Flüchtlinge und Vertriebenen, den andere Bundesländer schon längst hätten aufnehmen müssen, 3. Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Schleswig-Holstein, 4. Uneingeschränktes Recht der Minderheit auf volkliche Selbstentfaltung, 5. Ausbau des Schul- und Bildungswesens für Minderheit und Mehrheit, daß es den Ansprüchen unserer Zeit gerecht wird.

Wenn trotz dieser Maßnahmen es im Laufe der Zeit wünschenswert erscheinen sollte, die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark aus wirtschaftlichen, verkehrstechnischen, soziologischen, volklichen oder anderen Gründen zu verlegen, soll man gewiß die davon betroffene Bevölkerung entscheiden lassen. Betroffen werden aber auch die beiden Anliegerstaaten-

Gebietsverlust bedeutet zum mindesten immer eine Belastung des Selbstgefühls, Gebietszuwachs eine Stärkung. Deutschland hat auf den Besitz des Herzogtums Schleswig nie sonderlich Gewicht gelegt, soweit es nicht als Vorfeld des Kieler Kanals angesehen wurde. Holstein hat aber im jahrhundertlangem Ringen bis zur Selbstaufopferung sich in die engste Verbindung mit Schleswig hineingekämpft und empfand jede Lockerung dieser Verbindung genau so wie Dänemark als eine Verletzung historischer Pietät.

Die Entscheidung von 1920 hatte dem 1864 schwer getroffenen Dänemark die geforderte und versprochene Genugtuung verschafft. Schleswig-Holstein hat inzwischen den damals immerhin schmerzlich empfundenen Verlust überwunden. Eine erneute Verschiebung der Grenze wird neue Wunden schlagen, die wieder erst vernarben müssen, ehe wir im europäischen Fühlen weiterkommen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß Grenzen für alle Zukunft festliegen sollen.

Wenn Europa Gestalt gewinnen soll, werden die heute gegen Grenzveränderungen noch vorhandenen Ressentiments verschwinden oder auf einen Grad hinabgedrückt werden müssen, der dem vergleichbar wäre, was wir etwa fühlten, als Altona von Schleswig-Holstein abgetrennt und Hamburg zugesprochen wurde.

Die Meinungen über die Reichweite des Abstimmungsrechts sind aber geteilt.

Auf einer Grenzlandtagung, die wir vor kurzem für einen geschlossenen Kreis in Wassersleben veranstalteten, wurde die Angelegenheit eingehend erörtert.

Wir geben hier einem der Teilnehmer das Wort:

„Selbstbestimmung für Schleswig?“

Die Frage einer Veränderung der Grenze von 1920 ist z. Zt. »nicht aktuell«, sagt der frühere dänische Ministerpräsident Hedtoft. Bekannt ist aber, daß viele dänische Aktivisten diesseits und jenseits der Grenze nach wie vor eifrig mit der Vorbereitung einer für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht genommenen Volksabstimmung beschäftigt sind.

Welchen Standpunkt sollen wir hierzu einnehmen? Diese Frage hat eine prinzipielle Bedeutung, da sie nicht nur hier im Norden, sondern sowohl im Westen wie im Osten der Bundesrepublik auftaucht. Fast alle westdeutschen Politiker verlangen für die Bevölkerung der Ostgebiete und des Saarlandes uneingeschränkte, unbeeinflusste, freie Selbstbestimmung. Schon aus diesem Grunde wäre eine prinzipielle Ablehnung dieses Standpunktes im Norden taktisch unerfreulich, ganz abgesehen davon, daß eine ehrlich demokratische Grundhaltung eine solche Stellungnahme als unlogisch bzw. unhaltbar ablehnen muß. Fraglich ist nur, zu welcher Zeit eine neue Abstimmung hier oben tunlich wäre. Beiderseits der Grenze ist man sich darüber einig, daß sie erst vorgenommen werden könnte, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland (vor allem auch in Südschleswig) beruhigt bzw. konsolidiert haben. Ob dieser Zeitpunkt bereits in 10 Jahren eingetreten sein kann, ist heute noch fraglich. Inzwischen wird jedoch voraussichtlich der Aspekt des im Entstehen begriffenen »neuen Europa« eine entscheidende Rolle spielen.

Damit dürften die Fragen einer veränderten Grenzziehung ganz wesentlich an Bedeutung verlieren, wenn nicht völlig überflüssig werden. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, dürfte es ratsam sein, in der Diskussion um eine von der Gegenseite gewünschte spätere neue Volksabstimmung an der Nordgrenze prinzipiell keinen gegensätzlichen Standpunkt einzunehmen, sondern lediglich mit Rücksicht auf die zu erwartende allgemein-europäische Entwicklung eine zu vorzeitige neue Abstimmung abzulehnen.“

4. Veranstaltungen

Wir haben in den vergangenen Wochen einer ganzen Reihe von Schulen Fahrten in die engere und weitere Heimat ermöglichen und auch verschiedenen Gruppen und Organisationen helfen können, Nordschleswig zu besuchen. Gerade diese letzten Fahrten fördern wir gerne, da sie besonders geeignet sind, die Kompliziertheit des Grenzlebens kennenzulernen und das Verständnis aufzuschließen für die Lösung schwieriger Fragen der Grenzlandarbeit.

An vielen Stellen haben wir Vorträge gehalten und Freunde für unsere Sache zu gewinnen versucht und stehen auch weiterhin allen Organisationen, Parteien und Jugendgruppen dafür zur Verfügung.

Wir weisen besonders darauf hin, daß nunmehr auch unser 1. Vorsitzender, Herr Landesdirektor Nydahl, für Vorträge über Grenzland- und Minderheitenfragen zur Verfügung steht.

Ferner haben sich zur Mitarbeit bereit erklärt: Dr. Johannsen, Flensburg, Direktor Fuglsang, Flensburg, Dr. Christiansen, Schleswig, und Professor Scheel, Schleswig.

Die Vortragenden können durch unsere Geschäftsstelle vermittelt werden.

Allen Mitgliedern und Freunden des Bundes herzliche Grüße!

I. A.

Hansen